

Bezugspreis:

Ein Jahrgang 24. — 12. monatlich 2. — ...

Verantwortlicher: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 20. Oktober 1920

Vormärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die letzten Zahlen.

Wien, 20. Oktober. Die endgültigen Wahlresultate für die österreichische Nationalversammlung lauten: Christlichsoziale 82, Sozialdemokraten 66, Großdeutsche 26, Demokraten 2.

Lohnbewegung auch in Frankreich.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Wie die „Liberté“ meldet, verlangen jetzt auch die Bergarbeiter im Becken der Loire Lohnerhöhungen. Es handelt sich um eine Erhöhung von vier bis fünf Frank täglich.

Streikdebatte im Unterhaus.

London, 20. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung der Friedensverträge in zufriedenstellender Weise vollziehe und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde.

Chamberlain bemerkte, daß Österreich bis jetzt keine Schiffe abgeliefert habe und daß Deutschland in weitgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kohlenabkommen nachgekommen sei.

Der Abgeordnete Brace erklärte, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine Niederlage erleiden sollten, dann würde das nicht dazu beitragen, die Kohlenförderung zu steigern.

Arbeiterkundgebungen in England.

London, 20. Oktober. (Holländisch Riembureau.) Eine Anzahl junger Bergarbeiter veranstaltete gestern in Tonpand ein Ungeheuer, dem rote Fahnen vorangetragen wurden. Es wurden Steine geworfen und Fensterscheiben zertrümmert, darunter auch die des Polizeibüreaus.

Gorki an Lenin.

Die „Dena“ meldet, daß Maxim Gorki an Lenin folgenden Brief geschrieben hat:

Vladimir Iljitsch, ich bitte Sie, augenblicklich V. I. Lenins, den Präsidenten der militärärztlichen Akademie, eine Audienz zu gewähren. Man hat hier ein Schicksal bekannter russischer Gelehrter verfaßt, unter ihnen Depp, Ostrow, Odenburg, Grimm, Wusch usw. Ich erachte es für notwendig, Ihnen ganz freimütig meine Meinung darzulegen zu sagen. Ich glaube, der Reichtum und die Macht eines Landes werden nach der Stärke und Größe seiner intellektuellen Kräfte gemessen. Die Revolution hat nur Sinn, wenn sie die Entwicklung dieser Kräfte begünstigt.

neutralen Leute sind gefährlich. Die bedeutende Mehrzahl der Gelehrten ist neutral und objektiv wie die Wissenschaft, es sind politische Menschen. Die Mehrzahl sind Greise, sind krank; das Gefährnis wird sie töten, denn der Hunger hat sie genügend erschöpft. Vladimir Iljitsch, ich stelle mich jenen zur Seite und ziehe es vor, eingekerkert zu werden, als mich durch man Schmeigen an der Hinmordung der besten Intelligenz mitschuldig zu machen. Die „Roten“ sind genau wie die „Weißen“, die Feinde des Volkes. Ich verabsichte sie, ohne zu zögern, vor, von den „Weißen“ unterdrückt zu sein, denn ich bin nicht mehr der Genosse der „Roten“. Ich hoffe, daß Sie mich verstanden haben."

Arbeiterschaft und Dieselmotoren.

Scheinrat Deutsch von der A. G. O. erklärte in einer Unterredung dem Berliner Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ zu dem Verlangen der Herstellung der Dieselmotoren, unter denen die deutsche Arbeiterschaft werde sich mit aller Macht dagegen wehren. Sollte der Artikel 189 des Versailler Friedensvertrages so ausgelegt werden, daß alles, was in Kriegsschiffe eingebaut werden kann, zerstört werden soll, dann dürfte von morgen an die deutsche Industrie nicht mehr arbeiten, denn es gäbe tatsächlich keinen Gegenstand, vom Dieselmotor bis zur Blöschmpe, vom Schweißblech bis zum Nachtopf, der nicht in ein Kriegsschiff eingebaut werden könnte!

Um die Brüsseler Ersatzkonferenz.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Die „Temps“ mitteilt, werden die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Bedingungen, unter denen die in Spa vorgesehene Technische Kommission in Brüssel zusammenberufen soll, fortgesetzt. Der englische Botschafter in Paris hat Sonnabend am Anai V'Orsay eine Note überreicht, um einige Aufklärungen über den französischen Vorschlag zu erlangen, nämlich, wer die Sachverständigen seien, die an der Beratung von Brüssel teilnehmen sollen, d. h. ob es obligatorisch die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses sein sollen oder Spezialisten, die die Wiedergutmachungskommission ernannt. „Temps“ sagt, die englische Regierung sei heute genau über den französischen Standpunkt unterrichtet.

Der Völkerbund auf Reisen.

Tagung in Brüssel.

Brüssel, 20. Oktober. (Meldung des Holländisch Riembureau.) Der Völkerbundrat trat heute unter Vorsitz von G. H. Mans, der Belgien vertritt, zusammen. Bourgeois vertritt Frankreich, Littoni Italien, Ischii Japan, Valfour, England und Quinones de Leon Spanien. Der Vertreter von Griechenland ist noch nicht ersannt. Die Plenarsitzung des Völkerbundes tritt am 15. November in Genf zusammen.

Belgische Gewerkschaften für Sozialisierung.

Brüssel, 20. Oktober. (Meldung des Holländisch Riembureau.) Der „Peuple“ meldet: Der Gewerkschaftslongreß nahm einstimmig eine Entschliessung an zugunsten einer teilweisen Sozialisierung verschiedener Industrien. Begonnen werden soll mit den Eisenbahnen, dem Seetransportwesen, den Kohlenbergwerken, den Versicherungs-gesellschaften, den Banken und Kreditinstituten und den Licht- und Kraftanlagen.

Kabinettskrise in der Türkei.

Paris, 20. Oktober. (Z.N.) Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel soll die Demission des Ministeriums Damad Perid Pascha hervorgebracht worden sein durch eine Note der Alliierten, die vom Großwesir formell verlangt, zu einer Verständigung mit den Anhängern Mustafa Kemal Paschas zu gelangen, wie es die verabschiedeten Oberkommissare dem Sultan vorgeschlagen haben.

Alt- und Neukommunistische Verschmelzung.

Die Linke der Unabhängigen wird, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten, auf dem die Vereinigung vollzogen und die deutsche Sektion der Dritten Internationale endgültig konstituiert werden soll.

Der bayerische Handelsminister Dr. Hamm, der sich als Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag ein Mandat befindet, wird im Einvernehmen mit den Parteiführungen das Mandat zum bayerischen Landtag niederlegen, das zum Reichstag aber beibehalten.

Schwerindustrieller Wucher.

Die ungeheuren, durch keine Bilanzkunststücken mehr abzuleugnenden Gewinne der Schwerindustrie in und nach dem Kriege haben mit Recht die Entrüstung aller kritisch Denkenden, selbst einsichtiger Unternehmer herausgefordert. Es sind nun schon Monate her, seit Walter Rathenau das Wort von der „Diktatur der Schwerindustrie“ geprägt hat. Die glänzenden Gewinnziffern der rheinisch-westfälischen und der ober-schlesischen Montanindustrie nach einem Jahre scharfster Betriebseinschränkungen, einem Jahre der Streiks, einem Jahre schwerster Wirtschaftsnot, aus der uns „nur Arbeit retten“ konnte — sie haben gezeigt, daß das schwerindustrielle Großkapital sich nicht gescheut hat, am Mark eines zusammengebrochenen Volkes zu saugen. Zug und Trug kennzeichnen sein Werden und Gedeihen. Ein typischer Fall stupeloser Gewinnsucht wird jetzt bekannt, der der Welt nicht vorzuenthalten werden darf.

Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen — ein als solide bekanntes Unternehmen für Bergbau und Hüttenbetrieb, dessen Aktienbesitz sich fast ausschließlich in den Händen der Familie Daniel befindet — arbeitet im Kriege für die Seereserverwaltung, wie die übrige Schwerindustrie auch. Mit 30 Millionen Mark Aktienkapital zog sie in den Krieg, der ja für die junge Schwerindustrie in der Hauptsache ein Kampf um den Profit war. Treu und brav hatte sie schon in den letzten Friedensjahren immer 20 Proz. Dividende verteilen können. Diese Dividende wurde auch im Kriege bald wieder erreicht. Nach dem Jahresabschluss 1917/18 aber wurde ihr die Jacke zu eng. Man stand vor der Frage, wie man die wachsenden Gewinne unterbringen konnte. Da griff man denn zu dem bekannten Mittel, die Dividenden äußerlich niedrig zu halten und schenkte aus Liebe zum Vaterlande den notleidenden Aktionären für 10 Millionen Mark Gratisaktien. So wurde die Dividende um kein Prozent höher, und doch wurde das bar eingezahlte Aktienkapital jetzt mit 27 1/2 Proz. verzinst. Die Gutehoffnungshütte war das einzige große Montanunternehmen, das sich schon damals den Luxus der Kapitalverwässerung leisten konnte.

Dies nur zur Beleuchtung der Gewinnpolitik, die bis zu diesem Augenblick der kapitalistischen Kritik nichts Außergewöhnliches war.

Seit 1915 hat die G. H. H. für die Geschloßfabrik Spandau gepreßte Stahlgewichte gearbeitet, später daneben leichte und schwere Minenwerfer für Artilleriewerkstätten, ferner Lasseten, Geschützrohre und sonstiges Kriegsmaterial. Die Preise waren so bemessen, daß die Neuanfassungen und Neubauten gleich voll mit einkalkuliert wurden, so daß es ein Fabrikationsrisiko nicht gab. Bis zum Kriegsende sammelten sich wie auf allen großen Werkstätten vor den Drehwerken Hunderttausende von Gewichten, die vom Staat nicht abgenommen worden waren, weil sie bei der Qualitätsprüfung als unbrauchbar befunden und nicht mehr „vergütet“, d. h. verbessert worden waren. Sie waren also Schrott.

Der Zusammenbruch kam. Viele Auflagen ließen nach, und die Werte beanspruchten dafür Entschädigung. Diese Gelegenheit nahm die Gutehoffnungshütte wahr, um schnell noch ihr Schatzlein ins Trockene zu bringen: Sie drehte dem Staat die als unbrauchbar zurückgewiesenen Geschloßhüllen plötzlich als brauchbar an, ließ sich als vollwertige, auf Bestellung hergestellte bezahlen und erzielte so einen kleinen Extragewinn von mindestens 10 Millionen Mark. In 14 Tagen wurden Rechnungen für 25 Millionen Mark ausgestellt — worin auch Bestände brauchbaren Materials enthalten gewesen sein mögen. Was das Weiteres wert war, ersehnt man daraus, daß die Hütte bald darauf das gesamte Material — 33000 Tonnen — zum Preise von 120 M. je Tonne, also rund um 4 Millionen Mark zurückkaufte! Der Schrott blieb nun noch lange auf Lager liegen, die Preise schneitten aber in die Höhe, so daß das Material zu der Zeit seiner Verarbeitung 35 Millionen Mark höher im Preis stand. Staat und Verbraucher konnten blechen!

Dieses Manöver, das sich übrigens auch auf anderes Seeresgut erstreckte, blieb natürlich nicht geheim. Angestellte, die das Interesse des Volkes über das Betriebsinteresse achteten, zeigten die Sache an. Eine Nachprüfung wurde in die Wege geleitet, die ergab: 1. daß die Gutehoffnungshütte sich für ihre Leistungen übermäßige Preise hätte bezahlen lassen, 2. daß Unregelmäßigkeiten bei der Abgabe von Granzatgeschossen tatsächlich vorgekommen sind, 3. daß die Direktion immer reservierter wurde, bis sie es für zweckmäßig fand, die Vorlage des nötigen Prüfungsmaterials zu verweigern!

Mit diesem Schuldeingeständnis wäre der Fall von seiner moralischen Seite aus erledigt. Allein, die Sache hatte ein Nachspiel. Ein Angestellter, den man im Verdacht hatte, den offenkundigen Staatsbetrug angezeigt zu haben, erhielt den





